Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 248. **Sonntag** den 17. Mai 1903. **97. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Eine Romfahrt Kaiser Wilhelms ist bekanntlich durchaus nichts Neues. Dennoch aber beschäftigt diese eben beendete Reise die Gemüter oder, vielleicht besser gesagt, die Federn der Politiker nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England auf das angelegentlichste. Nun, die Franzosen haben für ihre Erregung tatsächlich gute Gründe. Der Liebesfrühling der neuen italienisch-französischen Beziehungen, vom früheren Minister Prinetti und dem Botschafter Barrère herbeigeführt, hat sich kaum so recht entfaltet, da erscheint Kaiser Wilhelm in Rom und findet dort eine wahrhaft enthusiastische Aufnahme. Den Engländern dagegen ist an und für sich jede Gelegenheit, bei der der deutsche Kaiser sich als Gegenstand von Ovationen zeigt, äußerst verhaßt aus allgemeiner Antipathie gegen die Deutschen. Wie viel mehr nun in diesem Falle, da König Eduard unmittelbar vorher zwar sehr freundlich, aber ohne allen Enthusiasmus in Rom begrüßt worden war. Eigentlich hätten sich die guten Engländer das vorher denken können. Denn zunächst wird ein dem Dreibunde angehörender Monarch in Italien, das dieser Allianz die wiedergewonnene Weltstellung verdankt, den Italienern stets wichtiger und werter sein, als der Herrscher jenes England, das zwar gelegentlich, — nämlich wenn es die Italiener brauchen kann, — recht charmant ist, auf das sich zu verlassen aber als unmöglich gelten muß. Dann aber ist in seinem ganzen Auftreten König Eduard mit seiner abgelebten Behäbigkeit so sehr wenig effektvoll, der Kaiser dagegen, von seinen prächtigen Söhnen und einer glänzenden Suite und den „langen Kerls" der Garde umgeben, wirkt auf das Auge des schaulustigen Italieners, er hat für den Südländer etwas Faszinierendes. Das sind gewiß Aeußerlichkeiten; bei Volkskundgebungen aber spielen sie eine große Rolle und können die Quelle von Verstimmungen werden, die aus der höfisch-dynastischen Sphäre hinüberspielen auf das Gebiet der politischen Beziehungen.

Hätte sich auf den Quirinal der Besuch des Kaisers beschränkt, so wäre von ihm in den deutschen Zeitungen wohl nicht so viel Aufhebens gemacht worden, wie jetzt wegen des Einzugs in den Vatikan. Auch hier liegt kein Novum vor. Es muß daran erinnert werden, daß in die Bismarcksche Aera der erste vatikanische Besuch Kaiser Wilhelms II. gefallen ist und daß für die Begegnung mit dem Papste schon damals die Formen des Ceremoniells, wie sie auch heute noch maßgebend sind, festgelegt wurden. Wissen wir doch auch, daß für den großen Kanzler Papst und Kurie zwar nie ein Gegenstand der Verehrung oder gar der Furcht gewesen sind, daß er sie aber ebensowenig als quantité négligeable behandelt hat. „Die katholische Kirche ist", so sagte, um an die pointierteste Aeußerung zu erinnern, 1875 im preußischen Herrenhause Fürst Bismarck, „heute der Papst, und niemand weiter als der Papst, und wenn Sie von den Rechten der katholischen Kirche sprechen, so würden Sie sich zutreffender ausdrücken, wenn Sie sagen: die Rechte des Papstes." Wenn aber jetzt die Begegnung zwischen Kaiser und Papst so lebhafte Kommentare hervorgerufen hat, so liegt auch das zum Teil an den Franzosen. Man weiß, daß im Narrenschiff ihrer Eitelkeiten das sogenannte Protektorat über die Christenheit des Orients einen hervorragenden Platz einnimmt. Heute besteht infolge der Kongregations-Politik des französischen Kabinetts eine heftige Spannung zwischen Paris und Vatikan. Rampolla, der bekanntlich sehr fein einzufädeln weiß, hat bis zur Stunde es noch nicht zum offenen Bruche kommen lassen, der für die Erträge des Peterspfennigs recht traurige Folgen haben müßte. Aber sehr gelegen kam ihm der Anlaß, den Franzosen zu zeigen: ich kann auch anders; es gibt auch sonst noch Großmächte, mit denen wir uns brillant stellen können. Sehr möglich, daß auch in der Ernennung des Fürstbischofs Kopp zum Delegaten für die Metzer Domfeier eine vatikanische Bosheit gegen die Franzosen liegt, die vielleicht einen roten Kopf bekommen, wenn sie den Papst sich für eine deutsch-lothringische Festlichkeit so ausnehmend interessieren sehen. Daß die Vatikanfahrt des Kaisers in Paris verschnupft hat, dafür spricht die Beflissenheit, mit der die französische Presse sich den Kopf des Königs von Italien zerbricht und eine Verstimmung des königlichen Italiens behauptet, das die Huldigung für den Papst als Unhöflichkeit empfunden haben soll. Selbstverständlich sind auch hier wieder verschiedene „Times"-Korrespondenten auf dem Plane, um zu allgemeiner Unzufriedenheit gegen die Deutschen zu hetzen.

Von rechtswegen hätte sich die deutsche Publizistik außerhalb dieser Diskussionen halten können. Der liberale und protestantische Politiker bei uns wird einem vatikanischen Besuche des Kaisers ziemlich leidenschaftslos gegenüberstehen. Ein solcher Akt der Höflichkeit kann ja an dem Stande der Dinge so viel nicht ändern. Das Christen-Protektorat im Orient ist eine Frage, die unsre Gemüter nicht bewegen kann. Des Kaisers persönliche Bewunderung aber für Stätten und Kult der römischen Kirche kann für die Richtung der deutschen Kirchenpolitik nicht maßgebend werden. Die Organe des Zentrums aber haben den Vorgang dieses Mal ganz unerhört aufgebauscht. Obwohl Kaiser und König den Besuch in Montecassino nach Möglichkeit unter weltliche Gesichtspunkte gestellt haben, versuchten ihn ultramontane Blätter bald gegen die französische Klöster-Verfolgung, bald für die badisch-klerikalen Klosterwünsche auszunützen. Von der Begegnung des Kaisers aber mit dem Papste wurde eine Vorstellung erweckt, als habe sich das Oberhaupt des deutschen Reiches vor „Christi Stellvertreter" fast zu Boden gebeugt und dergleichen mehr. Hier galt es selbstverständlich, den deutschen Wähler für die Anschauung zu gewinnen, daß dem Papste, als dessen Schutztruppe sich das Zentrum bekennt, von der weltlichen Macht ganz besondere Ehrfurcht und Bewunderung gezollt werde. Das Manöver sollte aber bei der intelligenten Bevölkerung nicht verfangen, es müßte sich gegen das Zentrum wenden, einerlei wie man den Vorgang beurteilt. Ist es an dem, daß dem Klerikalismus die Träger des deutschen Staatsgedankens über die Maßen huldigen, so muß der national empfindende Wähler mit dem Stimmzettel den Ausgleich zu ungunsten des Klerikalismus, also gegen das Zentrum, zu schaffen suchen. Haben wir dagegen den Eindruck, daß zwar nicht übermäßig, wohl aber genügend den berechtigten Ansprüchen der katholischen Kirche vom deutschen Reiche Rechnung getragen werde, so erübrigt sich eine Verstärkung des Zentrums-Turmes vollends. Hat doch erst jetzt wieder Graf Ballestrem in einer Wahlrede die Existenz des Zentrums gerechtfertigt mit dessen Aufgabe, die katholische Kirche zu verteidigen und die Rechte der Katholiken wahrzunehmen. Wir wollen aber kein Hehl daraus machen, daß wir uns wohl bewußt sind, mit diesen Betrachtungen einen circulus zu beschreiben, den unsere ultramontanen Gegner vitiosus schelten werden. Die Wahrheit ist die, daß die Rücksichten der weltlichen Macht für die Kurie doch wohl geringer wären, wenn nicht das Zentrum sich zur ausschlaggebenden Partei emporgeschwungen hätte, zur „besten Stütze der Regierung", wie Graf Ballestrem sagt. Erleben wir doch schon, daß das Hauptorgan dieser Partei, die „Germania", indem sie hochoffiziös das Gerücht dementiert, man wünsche für den Bischof Benzler den Kardinalshut, sich sogar über die Gedanken des Kaisers orientiert zeigt. Sie erklärt, der Kaiser habe nicht einmal einen solchen Gedanken gehegt. Das ist wieder einmal ein Zeichen der Zeit, dessen Beachtung wir dem national gesinnten Wähler dringend empfehlen, wie ja auch das Erscheinen eines päpstlichen Legaten im Zelte des Kaisers nicht allzu freudig stimmen kann. Seit jenem Legaten Cajetan, der eigens in deutsche Lande entsendet wurde, um den bösen Luther womöglich zu vernichten, ist wenigstens für protestantische Deutsche ein solcher Titel keine Empfehlung für seinen Träger. Wir brauchen unter dem Eindrucke aller dieser Vorgänge durchaus nicht die Hände zu ringen. Aber sie seien uns Impulse zur Betätigung nationaler Pflichten. Eine wahrhaft nationale Politik gegen den Ultramontanismus zu stärken und zu fördern, ist dort, wo wir es nicht unmittelbar mit diesem Gegner zu tun haben, auch der Kampf gegen die Sozialdemokratie geeignet, zu dem aufzurufen in Zeiten der Reichstagswahlen A und O der politischen Betrachtung sein muß.

Der sozialdemokratische Konsumenten-Standpunkt.

In allen Zollfragen gibt es widerstreitende Interessen, nämlich das Interesse des Produzenten im Gegensatz zu dem des Konsumenten und umgekehrt. Der Konsument will Waren kaufen zu billigen, der Produzent Waren verkaufen zu teuren Preisen. Ein Ausgleich so widerstreitender Interessen wird am besten durch eine mittlere Zollhöhe erreicht werden, wobei allerdings das Maß des Begriffs „mittlere" je nach den Zeitumständen schwankend sein wird. Dieses Maß eigentlich nur ist es, worüber die großen bürgerlichen Parteien im Streite liegen, je nachdem sie glauben, mehr Produzenten- oder Konsumenten-Interesse vertreten zu müssen.

Die Sozialdemokratie hat sich auf den reinen Konsumentenstandpunkt gestellt, als ob sie gar kein Produzenteninteresse zu vertreten hätte. Mit Unrecht, denn die Sozialdemokratie sollte von Rechts wegen, wenn sie praktische Arbeiterpolitik triebe, sehr umfangreiche Produzenteninteressen vertreten. Ist denn der Arbeiter, der die Waren herstellen hilft, gerade in seiner sozialen Eigenschaft und Stellung als „Arbeiter" nicht in erster Linie Produzent? Ganz gewiß — denn er hilft doch die Waren produzieren! Nun wird ein geeichter „Genosse" einwenden: „Das schon, aber der Arbeiter verkauft die Waren nicht, er setzt sie nicht ab, sie gehören ihm nicht, er steckt auch nicht den Preis dafür in die Tasche." — „Ganz recht, werter Genosse," antworten wir, „aber der Arbeiter hat darum ein sehr großes Interesse an hohen Verkaufspreisen, weil er nur bei hohen Preisen hohe Löhne erzielen kann. Der ganze gewerkschaftliche Lohnkampf basiert seiner inneren Natur und seiner Möglichkeit nach auf dem Produzenten-Interesse und dem Produzenten-Standpunkte des Arbeiters."

Die einsichtigen und in volkswirtschaftlichen Dingen selbstständigen „Genossen" wissen das auch und haben das, was sie wissen, auch ausgesprochen. Der Abgeordnete Calwer schloß auf dem Mainzer Parteitage seine Rede mit den Worten:

„Wir haben uns bisher in unseren Beschlüssen bezüglich der Handelspolitik immer auf den Standpunkt des Arbeiters als Konsumenten gestellt; je weiter aber die Weltwirtschaft vorschreitet, desto notwendiger ist es, daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Arbeiter auch Produzent ist. Ich wünsche, daß bei der bevorstehenden Agitation in Bezug auf die Handelsverträge unsere Losung nicht allein ist: gegen Lebensmittelverteuerung, sondern auch: für höhere Löhne. Denn haben die Arbeiter höhere Löhne, so können sie auch höhere Preise für Lebensmittel zahlen. Der deutsche Arbeiter soll von dem amerikanischen lernen: „viel verdienen, um viel ausgeben zu können!'" (S. 193 des Mainzer Parteitags-Protokolls.)

Wir fragen nun: Warum — trotz besserer Einsicht — verharrt die sozialdemokratische Partei einseitig auf dem reinen Konsumenten-Standpunkte? Die Antwort lassen wir durch einen „Genossen" selber geben. Dr. David erklärte in Mainz zu den Ausführungen seines „Genossen" Calwer:

„Wenn wir die Calwersche Parole: „höhere Löhne" für unsere Haltung in handelspolitischen Fragen acceptieren würden, dann würde die nationale Interessensolidarität der Arbeiter im Innersten getroffen werden. Denn die Schwierigkeiten liegen ja immer in der Frage, für welche Artikel ein Schutzzoll konzediert werden soll. Höhere Löhne sind doch für die Arbeiter jedes Zweigs durch die besondere Lage dieses Zweigs, nicht aber durch allgemein gleichmäßige Verhältnisse begründet. Wenn also einmal die Parole „höhere Löhne" ausgegeben würde, so würden die verschiedenen Arbeiterkategorien der verschiedenen Arbeitszweige zu verschiedener handelspolitischer Stellungnahme in jedem praktischen Einzelfall gedrängt werden. Und wenn dann auch für die Landarbeiter die Parole höhere Löhne ausgegeben wird, was dann? Höhere Löhne können doch auf diesem Wege nur durch höhere Preise erzielt werden, und damit billigen wir auch im Prinzip die Agrarzölle, höhere Zölle für landwirtschaftliche Produkte. Das aber scheint mir die Gefahr zu sein. Unsere letzten handelspolitischen Grundsätze waren aufgebaut auf dem Konsumenteninteresse, das generell gleichmäßig ist, während das Produzenteninteresse auch innerhalb der Arbeiterschaft in direktem Gegensatze stehen könnte; mit der Anerkennung der Parole „höhere Löhne" stellen wir uns prinzipiell auf den gleichen Standpunkt wie die Agrarier, und wir müßten dann auch praktisch direkt deren Politik im Reichstag unterstützen. Die „Kanig-Perspektive" würde dann ohne weiteres zur Tatsache werden, denn etwas Wesentliches ließe sich nicht mehr dagegen sagen. Ich halte es zunächst einfach für eine historische Unmöglichkeit, daß unsere Partei in diesem Sinn in den Kampf um die neuen Handelsverträge eingriffe, daß wir diese nationale Sammelpolitik der agrarisch-feudalen und auch gewisser Kreise der Großindustriellen durch unsere Stellungnahme unterstützen könnten." (S. 206 u. 207 d. Protokolls.)

„Genosse" Dr. David sagt es also klipp und klar: Das praktische Produzenten-Interesse der Arbeiter-Kategorien ist verschieden, darum würde die sozialdemokratische Einheit in Stücke gehen, wenn wir „Genossen" diese praktischen Interessen gerecht gegeneinander abwägen würden. Und er sagt ferner: Stellen wir uns auf den praktischen Produzenten-Standpunkt, dann fällt für uns die Möglichkeit fort, die großen und herrschenden bürgerlichen Parteien zu bekämpfen: dann sind wir überflüssig geworden. Man sieht also aus den Ausführungen Calwers und Davids: Nicht das praktische Arbeiterinteresse, sondern das reine Parteiinteresse, das Dasein der Partei ist es, was die Sozialdemokratie zu ihrem in Wahrheit arbeiterschädlichen Standpunkte in der Zollpolitik veranlaßt.

Deutsches Reich.

+ **Berlin,** 16. Mai. (Reichstagsabgeordneter und Offizier.) Die „Freisinnige Zeitung" nennt die von den gemäßigten Parteien aufgestellte Kandidatur des Generalleutnants v. Liebert eine „Generalskandidatur" und meint, daß Herr v. Liebert als General z. D. der Militärgerichtsbarkeit in vollem Umfange unterworfen sei, was hunderterlei Rücksichten mit sich bringe, die mit der Stellung eines Volksvertreters nicht vereinbar seien. Der größte Stolz des Reichstages war Jahrzehnte hindurch Generalfeldmarschall Moltke, der als aktiver Offizier auch der Militärgesetzgebung unterstand; aber wir glauben, daß es damals kaum einem Sozialdemokraten eingefallen ist, die Besorgnis auszusprechen, daß dieser Umstand mit der Stellung Moltkes als Reichstagsabgeordneter nicht vereinbar sei. Schon im norddeutschen Reichstage von 1867 saßen mehrere der siegreichen Heerführer des deutschen Krieges; auch damals fiel es niemand ein, daß die Unterstellung dieser Männer unter das Militärgesetz sich mit ihrer parlamentarischen Stellung nicht vereinigen lasse. Auch alle Reichstagsabgeordneten, die gelegentlich zu einer militärischen Uebung eingezogen werden oder noch die Kontrollversammlungen mitmachen müssen, unterstehen während dieser Zeit dem Militärgesetze. Auch wir hegen durchaus nicht den Wunsch, daß im Reichstage etwa Dutzende von verabschiedeten Generalen ihren Platz finden; auf der anderen Seite aber halten wir es für wünschenswert, daß möglichst alle Berufsstände im Parlamente vertreten seien. Und daß darunter auch einige frühere höhere Offiziere sich befinden, kann nur um so wünschenswerter sein, als ja doch die Ausgaben für die Armee den wesentlichsten Teil der Reichsausgaben ausmachen, sodaß das Militärbudget der wichtigste unter allen der Prüfung des Parlamentes unterstehenden Ausgabeposten ist. Und wenn ein Mann wie General v. Liebert, der Jahrzehntelang in der Front gestanden hat und unseres Wissens bei der Truppe außerordentlich beliebt war, Gelegenheit hat, den alljährlich beim Militäretat wiederkehrenden sozialistischen Hetzreden und Uebertreibungen entgegenzutreten, so wird das viel wirksamer sein, als wenn nur der Kriegsminister, der es ja ex officio tun muß, den sozialistischen Angriffen begegnet. So ist die Generalsstellung des Herrn v. Liebert in mancher Hinsicht nur vorteilhaft für seine Kandidatur. Auf der andern Seite vermögen wir in seiner Unterstellung unter das Militärgesetz keinen Nachteil zu erblicken, denn die „Freisinnige Zeitung" soll uns erst einmal einen Paragraphen des Militärstrafgesetzes zeigen, wonach General v. Liebert bestraft werden könnte, falls er einmal gegen die Regierung stimmen sollte.

// **Berlin,** 16. Mai. (Volksverhetzung in Bayern.) Wie maßlos das vatikanische Ceremoniell für den Empfang fremder Staatsoberhäupter zur Verhetzung des bayerischen Volkes ausgeschlachtet wird, lehrt ein Artikel, der sich in der kleinen bayerischen Zentrumspresse findet. Dieser Artikel führt dem Umstand, daß die fremden Staatsoberhäupter sich nach dem Vatikan von dem neutralen Boden ihrer diplomatischen Vertretungen aus begeben, als Beweis für die Anerkennung des Unrechtes an, das dem Papste vor einem Menschenalter widerfahren sei. Damit aber nicht genug, wird in dem fraglichen Artikel die Einverleibung Roms in das Königreich Italien für „Raub", ja für „Diebstahl" erklärt. Das ist die Sprache, die deutsche Zentrumspublizisten wegen ihrer Befangenheit im engherzigsten Konfessionalismus gegenüber einem Verbündeten des Deutschen Reiches führen. Hand in Hand hiermit geht die Verhetzung des bayerischen Volkes gegen die Freimaurer. Diesen wird, weil jetzt in Rom auch nichtkatholische Kirchen erbaut werden dürfen, was zur Zeit der päpstlichen Herrschaft unmöglich war, der Vorwurf gemacht, Rom „nun auch noch zu entkatholisieren". Ist eine derartige Behauptung schon an und für sich vollkommen hinfällig, so erhält sie einen geradezu grotesken Anstrich durch die Gründe, die den Freimaurern für ihre teuflischen Absichten gegen Rom untergeschoben werden. „Diese Esel von Freimaurern", heißt es hierüber, „glauben eben, daß, wenn sie Rom entkatholisiert haben würden, auch der ganze Erdkreis protestantisch und calvinisch usw. werde." — Es steht auf der Höhe dieses Gesichtspunktes, wenn den Freimaurern schließlich nachgesagt wird, sie würden an Stelle des Papstes nicht mit einem so harmlosen Ceremoniell für den Empfang fremder Staatsoberhäupter, „sondern mit Blut und Eisen und Dynamit und Dolch geantwortet haben." — Der tugendsame Vater eines so ausgesprochen christlichen Gedankens scheint sich in die Anschauungen des Papstes Gregor VII. vertieft zu haben. Denn ähnliche Vorwürfe, wie er sie gegen die Freimaurer schleudert, machte einst Gregor VII. den Königen dieser Welt, indem er ihnen die lange Reihe heiliger Päpste entgegenhielt und hinzufügte, daß sie, die Könige, von Räubern und Mördern abstammten. Der Berliner Historiker Wilhelm Wattenbach bemerkt in seiner „Geschichte des römischen Papsttums" in Anknüpfung an das Wort Gregors trocken: „Eine solche Reihe von Bösewichten, wie diejenige ist, welche wir in verschiedenen Zeiträumen auf dem sogenannten Stuhle Petri finden, treffen wir doch auf keinem weltlichen Throne." — Nachdem der bayerische Zentrumspublizist die Freimaurer mit seinen ungeheuerlichen Verdächtigungen bedacht hat, muß er sich die Erinnerung an ihm unliebsame geschichtliche Tatsachen schon gefallen lassen.

C. H. **Berlin,** 15. Mai. (Anarchisten und Sozialdemokraten.) Die Anarchisten haben zum 19. Mai eine große öffentliche Wählerversammlung, die erste dieser Art, einberufen, um zu der Frage: „Wie stellen sich die Anarchisten und freiheitlichen Sozialisten zu den bevorstehenden Reichstagswahlen?" Stellung zu nehmen. Als Referent ist für diese Versammlung Paul Pawlowitsch ausersehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Anarchisten und Sozialdemokraten jetzt ziemlich nahe aneinander gerückt sind; in der größten sozialistischen Gewerkschaft, derjenigen der Metallarbeiter, spielen ja die anarchistischen Führer wie Pawlowitsch und Wiesenthal die erste Geige. Wenn nun in der Versammlung am 19. Mai auch beschlossen werden sollte, daß die Anarchisten an den Reichstagswahlen sich nicht beteiligen, so darf man daraus doch nicht den Schluß ziehen, daß Anarchisten und Sozialisten einander feindselig gegenüberstehen werden, wie der „Vorwärts" und andere sozialdemokratische Blätter behaupten. „Man so tun", pflegt der Berliner zu sagen. Wo sind z. B. die mehreren tausend Mark hergekommen, die seiner Zeit der anarchistischen deutschen Laise Michel, der Schneidersfrau Agnes Reinhold, nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthause als Ehrengabe gespendet wurden? In sozialdemokratischen Kreisen ist offen zugegeben worden, daß die „Genossen" sich rege an dieser Sammlung beteiligt haben. Es ist also gar nicht unwahrscheinlich, daß der zu erwartende Beschluß der Anarchisten, sich nicht an den Reichstagswahlen zu beteiligen, nur den Zweck hat, die „Genossen" nicht durch offene Unterstützung in den Augen der bürgerlichen Parteien zu kompromittieren.

⊙ **Berlin,** 16. Mai. (Telegramm.) Heute vormittag fand im großen Sitzungssaale des Reichstages die Hauptversammlung des Deutschen Zentralkomitees für Lungenheilstätten unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Graf v. Posadowsky statt. Ferner waren anwesend der preußische Handelsminister Möller, Ministerialdirektor Althoff, Vizeoberceremonienmeister v. d. Knesebeck u. a. Graf Posadowsky hielt eine Begrüßungsansprache, in der er auf die Aufgabe der Gemeinden hinwies, durch eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen die Tuberkulose zu bekämpfen, und die Delegierten aufforderte, in ihrer Heimat für die Bekämpfung der Tuberkulose zu wirken; von dem Knesebeck überbrachte die Grüße der Protektorin, der Kaiserin, die die Versammlung bitte, ihre Aufmerksamkeit auf die Fürsorge für die Frauen und die Kinder zu richten. Nach dem Geschäftsbericht des Professors Pannwitz und der Rechnungslegung des Schatzmeisters sprach Professor Leyden über die Wirksamkeit der Heilstätten für Lungenkranke. Im Heilstättenwesen habe Deutschland das Höchste erreicht, was von allen Nationen anerkannt werde. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Gaebel gab einen statistischen Ueberblick über die Tuberkulose-Erkrankungen. Nach einem Schluß-